

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3130/2023

22. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sach-antragsnr.	Sachantrag 136 (ÖDP) – Förderprogramm für Stecker-Solar- bzw. „Mini,-PV-Anlagen an Mietwohnungen			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	lb	Erstelldatum	29.11.2023	
Verfasser	Billeter, Lucia	Zuständiges Amt	Amt 4	
Sachgebiet	43 Stadtentwicklung, Verkehrsplanung, Klimamanagement	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Kenntnisnahme/ Entscheidung	29.11.2023	Ö

Anlagen:	01 – SA Nr. 136 Förderprogramm für Stecker-Solar- bzw. „Mini-PV“-Anlagen an Mietwohnungen
----------	---

Beschlussvorschlag aus dem Sachantrag:

1. Der Stadtrat beschließt, das städtische Förderprogramm „Prima fürs Klima“ für 2023 um einen Förderbaustein „Stecker-Solar-Anlagen für Mietwohnungen“ zu ergänzen und dafür 30.000 Euro aus dem Budget für „zukünftige PV-Anlagen“ (HOCH240055, entspricht 10%) bereitzustellen.

Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung:

Der Sachantrag wird abgelehnt und ist damit abgeschlossen.

Referent/in		Zierl, Dr. / ÖDP	Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Klimarelevanz			gering	
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen				
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€
Folgekosten				€

Sachvortrag:

Der Sachantrag Nr. 136/2020-2026 ist am 21.04.2023 eingegangen. Gegenstand des Antrags ist ein Förderprogramm für Stecker-Solar bzw. „Mini“-PV-Anlagen (siehe Anlage 1).

Der Antrag schlägt vor, Stecker-Solar-Anlagen für Balkone Pauschal mit 150 Euro zu fördern. Dafür sollen 30.000 Euro bereitgestellt werden. Dies würde 200 Balkonanlagen mit 600Wp fördern können.

Solche Balkonanlagen können zwar zu Stromersparnissen bei den Bürger*innen führen, allerdings halten sich die Kapazitäten von solchen Anlagen im Gesamtbild und der großen Aufgabe, die Stadt Fürstenfeldbruck bis 2035 klimaneutral zu bekommen, in Grenzen. Zudem werden aktuell auch ohne Fördermöglichkeiten viele Balkon-PV-Anlagen von den Bürger*innen installiert. Daher sieht die Stadtverwaltung keine Notwendigkeit, dies zusätzlich zu fördern.

Bei Anschaffungskosten von mindestens 500 Euro, meist eher 700 Euro aufwärts, wird angezweifelt, ob eine solche Förderung den wirklich finanziell schwachen Haushalten, die sehr von Stromeinsparungen profitieren würden, helfen wird.

Gleichzeitig bedeuten die 200 potenziell zu prüfenden Förderanträge pro Jahr großen Personalaufwand, der durch die Kämmerei und das Klimamanagement mit den bestehenden Personalkapazitäten nicht geleistet werden kann. Für die Einführung dieses Förderprogramms würde mindestens eine neue halbe Stelle (0,5 VZÄ) für das Amt 2 geschaffen werden müssen.

Aus den zuvor genannten Gründen wird der Vorschlag eines solchen Förderprogramms, auch angesichts des angespannten Haushalts, abgelehnt.

Die Behandlung des Sachantrags Nr. 136 ist abgeschlossen.